

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Februar 2023

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Wang Wen: Aus chinesischer Sicht: In der Welt findet ein "präzedenzloser Aufstand" gegen den Westen statt**
- **K. Khella / Bündnis geg. Krieg: Die Konferenz von Bandung**
- **Florian Warweg: ... Krachende Abstimmungsniederlage von USA und Israel bei der UN-Generalversammlung**
- **Der Ukraine-Krieg ist nicht einfach vom Himmel gefallen**
- **GlobalBridge: Pierre de Gaulle spricht Klartext über die USA, die NATO und die europäischen Medien**
- **Jens Berger: Wenn Journalisten die Kriegstrommeln schlagen und Generäle den Frieden fordern, ...**
- **Erich Vad: Was sind die Kriegsziele?**
- **Christa Dregger: Wie humanitäre Hilfe in der Ost-Ukraine als "Leugnung von Völkermord" verfolgt wird**
- **GFP: Die Hungermacher (Teil 3)**
- **Nikolai Asarow: Ohne Hilfe der USA hätte es keinen Staatsstreich gegeben**
- **Thomas Röper: Versuchter Regimechange: USA unterstützen die Proteste im Iran**
- **Thomas Röper: Ungarns Premierminister Orban fordert Auflösung des EU-Parlaments**
- **Michael Bröning: Betreutes Denken: Weshalb die Letzte Generation die offene Debatte verhindert**
- **Caitlin Johnstone: Ich unterstütze westliche Werte mehr**

Zitat des Monats von [Jean Paul](#):

Die Aufklärung setzt die Fenster ein, die Zensur die Fensterläden.

Editorial

Diese Ausgabe beginnt mit dem Überblick des chinesischen Professors Wang Wen über die Aktivitäten in verschiedenen Weltgegenden, **sich von der US-Dominanz zu befreien**. Als einen Beginn dieses Prozesses könnte man bereits die Konferenz von Bandung 1955 bezeichnen, bei der sich erstmals die Blockfreien Staaten zusammengefunden hatten, auch um **10 Prinzipien für den Weltfrieden zu formulieren**; an deren Aktualität Karam Khella erinnert. Die Bedeutung von Frieden ist immer wieder bei in der UN-Generalversammlung festzustellen, so zum Beispiel als im letzten Jahr 84% der anwesenden Mitglieder für eine Abschaffung der Atomwaffen in **Israel** und ihre internationale Kontrolle im Nahen Osten gestimmt haben.

Der nächste Themenblock behandelt den **Krieg in der Ukraine**. Andrej Hunko und Pierre De Gaulle erinnern an die Vorgeschichte des Krieges auf Seiten des Westens. Jens Berger nennt es verrückt, dass heute selbst hohe Generäle nicht mehr in Mainstream-Medien zu Wort kommen, wenn sie deutlich **für ein Ende der Waffenlieferungen** plädieren. Das Interview von General Erich Vad mit der Zeitschrift Emma wird deshalb auch bei uns verlinkt. Noch schwerer haben es weniger prominente Kriegsgegner wie die Friedensbrücke, die wegen **abweichender Meinung sogar strafrechtlichen Ermittlungen ausgesetzt** sind (Bericht Christa Dregger). Wie notwendig deren Versuche zur Kriegsofferhilfe sind, verdeutlicht auch ein Bericht von GFP über die auch **vom Westen mitverursachten Kriegsfolgen: Hunger** in der Welt. Abschließend zu diesem Schwerpunkt verlinken wir ein Interview mit dem früheren Ukraine-Außenministers Asarow aus dem Jahr 2016 zu den Einzelheiten der **Vorgänge auf dem Maidan 2014**.

Thomas Röper beleuchtet zwei andere internationale Brennpunkte: die Einflussnahme der USA im **Iran** und die Einflussnahme der EU in **Ungarn**. Dass **demokratische Selbstverständlichkeiten** auch innenpolitisch zunehmend unter Beschuss geraten, wird in einem Beitrag über die Machenschaften von "Klimaaktivisten" erläutert. So muss man wohl am Ende Caitlin Johnstone zustimmen, die sich zu **den Werten des Westens** bekennt, die täglich in den Mainstream-Medien verkündet, aber von den Verantwortungsträgern nicht beachtet werden.

[Inhalt](#) ↑

- Wang Wen: **Aus chinesischer Sicht: In der Welt findet ein "präzedenzloser Aufstand" gegen den Westen statt**

Für den chinesischen Politologen Professor Wang Wen findet seit 2022 ein Aufstand nicht-westlicher Staaten gegen die bisherige von den USA diktierte Weltordnung statt. Dabei sei es zu einfach, die Entwicklung allein auf den Konflikt zwischen den USA und China oder den radikalen Versuch Russlands, mit militärischer Gewalt die Dominanz der USA zu durchbrechen, zu reduzieren. Das Aufbegehren gegen die etablierte Ordnung sei durch Abweichler geprägt, die sich [im Sinne ihrer nationalen Interessen von der Abhängigkeit und Kontrolle des Westens befreien](#). So wollen 80% der latein-amerikanischen Staaten mehr Unabhängigkeit von den USA und die Integration ihrer Region fördern. Der Verband Südostasiatischer Staaten wollen sorgfältig die gleiche Distanz zu den USA und China wahren. Die zentralasiatischen Staaten verstärken vertraglich ihre gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit. Die Staaten im Nahen Osten konzentrieren sich zunehmend auf ihre eigene Entwicklung. Indien widdersetze sich, sich den

Sanktionen gegen Russland anzuschließen, und halte an seiner Politik der Zusammenarbeit mit China und Russland fest.

Als die EU die eigens nach Brüssel eingeladenen Spitzenvertreter der ASEAN auf Konfrontation mit China und Russland einschwören wollte, lehnten diese das Ansinnen mit dem Hinweis ab, dass vermieden werden sollte, Öl ins Feuer zu gießen. [ASEAN und EU sollten sich für den Aufbau und Zuversicht engagieren.](#)

[Wang Wen](#) ist Professor und geschäftsführender Dekan des Chongyang-Instituts für Finanzstudien an der Chinesischen Renmin-Universität in Beijing. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Karam Khella / Bündnis gegen Krieg: **Die Konferenz von Bandung**

Auf der Bandung-Konferenz vom 24.04.1955, an der weder ein NATO-Mitglied, noch China oder Russland teilgenommen haben, hat der am 07.09.2022 verstorbene [Wissenschaftler Karam Khella zehn Prinzipien für den Weltfrieden vorgetragen und ihre Aktualität erläutert.](#)

Die Prinzipien lauten: 1. Achtung der Grundrechte gemäß der UN-Charta. 2. Achtung der Souveränität und territorialen Integrität aller Nationen. 3. Anerkennung der Gleichheit aller Rassen und Nationen, groß und klein. 4. Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes (Selbstbestimmung der Völker). 5. Achtung des Rechts jeder Nation, sich individuell und kollektiv gemäß der UN-Charta zu verteidigen. 6. Weigerung, sich an kollektiven Verteidigungsvorbereitungen zu beteiligen, die den besonderen Interessen der Supermächte dienen sollen. 7. Unterlassung jeglicher Handlung oder Androhung von Aggression oder Gewaltanwendung gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines anderen Landes. 8. Beilegung aller internationalen Konflikte mit friedlichen Mitteln (Verhandlungen und Schlichtungen, Schlichtung durch internationale Schiedsgerichte) im Einklang mit der UN-Charta. 9. Anregung gegenseitiger Kooperationsinteressen. 10. Achtung der Gerechtigkeit und internationaler Verpflichtungen.

Das Bündnis gegen den Krieg' sagt dazu: "Diese Klarheit vermissen wir heute leider auch bei vielen friedensbewegten Menschen. Frieden werden wir nicht erreichen, indem wir auch die andere Wange hinhalten, sondern nur indem wir die Aggressoren klar benennen: Es sind die Politiker und Vertreter des Kapitals in den NATO-Staaten. Keine anderen Mächte als diejenigen der USA und Europas bedrohen den Weltfrieden. Sie bedrohen die Existenz von uns allen, sie gilt es zu stoppen. Die Teilnehmenden der Konferenz von Bandung haben das erkannt." – Den Prinzipien ist das lesenswerte Transkript des Vortrags von Khella angefügt.

[Karam Khella](#), Jg. 1934, war ein Historiker, Philosoph, Wissenschaftstheoretiker und Sozialpädagoge. Er entwickelte – ausgehend von einem marxistischen Theorieverständnis – die Theorie der "Sozialarbeit von unten". (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Florian Warweg: **Medial ignoriert: 152 zu 5 – Krachende Abstimmungsniederlage von USA und Israel bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen**

Am 28.10.2022 haben 84% aller anwesenden UN-Mitgliedsstaaten für eine Resolution gegen die Verbreitung von Kernwaffen im Nahen Osten gestimmt, in welcher [Israel aufgefordert wurde, seine Atomwaffen, die es völkerrechtswidrig besitzt, abzuschaffen](#) sowie seine Nuklearanlagen unter die Aufsicht der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) zu stellen. Dagegen stimmten lediglich Israel, seine Schutzmacht USA, Kanada sowie die über Assoziierungsverträge außenpolitisch an Washington gekoppelten Inselstaaten Mikronesien und Palau. Deutschland

enthielt sich zusammen mit 15 weiteren EU-Ländern. Neben dem Abstimmungsverhalten ist auch bezeichnend, dass diese bedeutende Abstimmung im Ersten Ausschuss der UN-Generalversammlung von deutschen "Leitmedien" nicht aufgegriffen wurde.

[Florian Warweg](#) gehört seit Juni 2022 zum Redaktionsteam der NachDenkSeiten. Zuvor arbeitete er u.a. im Bundestag sowie für das Lateinamerikaportal [amerika21](#) und RT DE. In der Zeitspanne von 2003 bis 2009 hatte er längere Arbeits- und Studienaufenthalte im Nahen Osten und Lateinamerika. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **Der Ukraine-Krieg ist nicht einfach vom Himmel gefallen**

Andrej Hunko, Mitglied im deutschen Bundestag, hat den Eindruck, dass die vereinzelt westlichen Vorstöße, den Verhandlungsweg ins Auge zu fassen, keine Chance haben, sondern [vielmehr die dauerhafte Schwächung Russlands als Ziel verfolgt](#) wird. In dem Eingeständnis von Angela Merkel, dass das Minsker Abkommen der Ukraine nur Zeit zur Aufrüstung verschaffen sollte, sieht Hunko ein fatales Signal an Russland, das ihn an 2014 erinnert, als zwischen den Außenministern Deutschlands, Frankreichs, Russlands und dem Präsidenten der Ukraine ausgehandelte Fünf-Punkte-Programm nach wenigen Stunden hinfällig war.

Für Thomas Kaiser ist durch die von Merkel aufgedeckte Ungeheuerlichkeit nicht nur [die Welt über acht Jahre zum Narren gehalten](#) worden, sondern sehr viel Vertrauen zerstört worden. Dies geschehe auch durch die Lieferung von Waffen an die Ukraine mit der Begründung, damit Menschenleben zu retten.

Frankreichs ehemaliger Präsident François Hollande bestätigt, dass [das Minsker Abkommen aus Sicht des Westens keinen Frieden im Donbass erreichen](#), sondern Kiew nur Zeit für die Vorbereitung auf einen Krieg mit Russland geben sollte.

[So tönte auch der ehemalige ukrainische Präsident Poroschenko.](#)

Beim Normandie-Gipfel im Dezember [2019 sagte der ukrainische Präsident Wolodimir Selenskyj offen, dass er nie vorhatte, das Minsker Abkommen umzusetzen.](#)

Nun hat auch der ehemalige britische Premier Boris Johnson bestätigt, dass das [Minsker Abkommen nicht ernst gemeint](#) war.

[Inhalt](#) ↑

● **GlobalBridge: Pierre de Gaulle, Enkel von Charles de Gaulle, spricht Klartext über die USA, die NATO und die europäischen Medien**

Der Sohn von Charles de Gaulle, Pierre de Gaulle, revoltiert und [protestiert gegen die unredliche Schuldzuweisung in der Ukrainekrise](#). Die jüngsten Erklärungen von Angela Merkel, aber auch die lang voraus geplanten Sanktionen gegen Russland belegen und untermauern seiner Meinung nach, dass die Grundlagen und Auslöser für diesen Krieg von den USA kommen. Er freue sich, dass einige Persönlichkeiten zu Gleichgewichtsüberlegungen zurückkehren. Die EU hält de Gaulle für eine korrupte Technokratie. In einer Zeit von durch die USA orchestrierten Krisen wünscht er sich mehr Transparenz. Zudem solle man mit "so wichtigen Ländern wie Russland oder sogar Algerien" respektvoll umgehen. Er möchte die wesentlichen Werte Familie, Tradition und Religion gefördert sehen, die politische Führung im Dienst des Volkes erleben. Dass die USA in der Ukraine ein so korruptes Regime an die Macht gebracht haben, empört de Gaulle zutiefst vor dem Hintergrund, dass seine Eltern gegen den Nationalsozialismus gekämpft haben. Er ist überzeugt, dass ein Sieg der Ukraine unrealistisch ist und die ukrainische Bevölkerung in ein großes Unglück gestürzt wurde. Er geht aber davon aus, dass es zu einem Friedensschluss kommt und die

Beziehungen zu Russland wieder aufgebaut werden. Russlands Kultur sei insbesondere für Europa wichtig.

Dass ein Sieg der Ukraine nicht als realistisch anzusehen ist, scheint auch in Kreisen der USA und der Ukraine angekommen zu sein. So hat die 'RAND Corporation' Ende Januar die [Empfehlung ausgesprochen, aus dem Ukraine-Krieg auszusteigen](#). Der kürzlich zurückgetretene Berater des ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenskyj äußerte, die USA könnten Kiew ein "koreanisches Szenario" vorschlagen, bei dem die Ukraine durch eine demilitarisierte Zone geteilt wird.

[Globalbridge](#) ist eine von Christian Müller initiierte Webseite. Müller, Jg. 1944, studierte Geschichte, Staatsrecht und Betriebswirtschaft; seit 2010 unabhängiger Journalist und Redakteur bei infosperber.ch bis 5.03.2022. Müller setzt sich dafür ein, dass Demokratie auch in internationalen Gremien Standard wird. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Jens Berger: Wenn Journalisten die Kriegstromele schlagen und Generäle den Frieden fordern, läuft irgendwas komplett falsch**

Für Jens Berger leben wir in einer verrückten Zeit, in der nicht mehr die Medien, sondern die Generäle zu Zurückhaltung mahnen und Friedensverhandlungen fordern. Berger [bedauert, dass die Friedensbewegung kaum mehr Einfluss auf die mediale und politische Meinungsbildung hat](#). Bezeichnend für diese Situation ist, dass General a.D. Erich Vad, der von 2006 bis 2013 militärpolitischer Berater von Angela Merkel war, nicht in großen Tageszeitungen oder bei den Öffentlich-Rechtlichen mit seiner Sicht zu Wort kommen kann, sondern auf das Fachblatt 'Emma' ausweichen muss, deren Herausgeberin in einem Offenen Brief vor einem Dritten Weltkrieg warnte. Bezeichnend auch, dass die Erstunterzeichner des Briefs, aber auch Kritiker des "Hurra-Bellizismus" wie die Generäle Harald Kujat und Erich Vad und der Unternehmer Wolfgang Grupp, von den Mainstream-Medien massiv kritisiert wurden.

[Jens Berger](#), Jg. 1972, abgeschlossenes Studium der Volkswirtschaftslehre, freier Journalist, Redakteur der [NachDenkSeiten](#); schreibt zu sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischen Themen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Erich Vad: Was sind die Kriegsziele?**

Erich Vad, ein überzeugter Transatlantiker, äußert im Interview mit 'Emma', dass es endlich Zeit ist, die Folgen des Kriegs in der Ukraine zu bedenken, auch wenn Russland völkerrechtswidrig gehandelt hat. Die militärisch operative Patt-Situation sei nicht militärisch zu lösen. Wie der US-Generalstabschef Mark Milley sieht er den einzigen Weg in Verhandlungen. [In der Ukraine finde ein Abnutzungskrieg wie im Ersten Weltkrieg mit sehr vielen Opfern statt](#). Die Meinungsbildung erfolge unter Ausschluss der militärischen Fachleute und unter weitgehender Gleichschaltung der Medien statt. Es fehle die Wahrnehmung der Diplomatie als Hauptaufgabe der Außenpolitik Deutschlands. Kriegsrhetorik sei zu wenig. Wichtig sei auf die wichtigsten politischen Verbündeten mäßigend einzuwirken. Es stimme nicht, dass Putin nicht verhandeln wolle, denn Ende März 2022 seien Russland und die Ukraine zu einer Friedensvereinbarung bereit gewesen. Damit die Ukraine nicht dem Erdboden gleich gemacht wird, müssten die USA und Russland auf dem Verhandlungsweg den Konflikt lösen. "Und dieser sinnfreie Aktionismus in der deutschen Politik, der muss endlich ein Ende finden. Sonst wachen wir eines Morgens auf und sind mittendrin im Dritten Weltkrieg." – Das Interview führte Annika Ross.

[Erich Vad](#), Jg. 1957, Brigadegeneral a.D., war sicherheitspolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel und bis 2013 im Führungsstab der Streitkräfte tätig und ist seit 2015 Unternehmensberater und Dozent an Universitäten im In- und Ausland. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Christa Dregger: Wie humanitäre Hilfe in der Ost-Ukraine als "Leugnung von Völkermord" verfolgt wird**

Menschen, alle ostdeutsch, die sich in dem Verein "Friedensbrücke – Kriegsofferhilfe" zusammengetan haben und seit 2015 Menschen in der Ostukraine humanitäre Hilfe zukommen lassen, wird Einseitigkeit und Russlandfreundlichkeit vorgeworfen. Seit Kriegsausbruch im Februar 2022 steht der Verein unter Dauerbeschuss deutscher Medien, wird seine Gemeinnützigkeit in Frage gestellt und staatsanwaltlich gegen die Vereinsvorsitzende Liane Kilinc wegen §130 StGB, also wegen Volksverhetzung und Leugnung von Völkermord ermittelt: "Sieben Jahre lang hat unsere Arbeit niemanden interessiert, [seit dem 24. Februar \[2022\] sind wir Verbrecher](#)", sagt Kilinc. "Im Grunde wird uns vorgeworfen, dass wir Lebensmittel und Wasser an die falschen Menschen liefern. Die Gründe dafür sind rein politisch. Wir sind ungewollte Zeugen der realen Situation in der Ost-Ukraine. Wir wissen, von wo die Raketen kommen. Wir dokumentieren es. Deswegen sollen wir weg."

[Christa Leila Dregger](#), Jg. 1959, ist Journalistin, Agraringenieurin und Aktivistin. Sie war von 2000 bis 2003 Herausgeberin der Zeitschrift 'Die weibliche Stimme – für eine Politik des Herzens' und seit lebt 2003 in Tamera (Portugal). Sie setzt sich global für Friedens- Hilfs- und Gemeinschaftsprojekte sowie Projekte für regionale Autonomie ein. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **GFP: Die Hungermacher (Teil 3)**

Die EU verhindert mit ihren Sanktionen trotz gegenteiliger Behauptungen immer noch die Belieferung vor allem afrikanischer Länder mit dringend benötigten russischen Düngemitteln. So werden russische Unternehmen, trotz der Erleichterungen, die Brüssel im Dezember zugesagt hat, [weiterhin ausgebremst, Düngemittel nach Afrika zu liefern](#). Hinzu kommt, dass die UNO Gespräche über die Wiederöffnung einer blockierten Pipeline, die russisches Ammoniak durch die Ukraine leitet, ohne Termin vertagen mussten. Pipelines, die russisches Erdgas in die EU leiten, blockiert die Ukraine nicht, um weiterhin Transitgebühren zu kassieren. 2022 sanken die russischen Düngemittelsexporte um rund 15% – wohl vor allem zu Lasten afrikanischer Staaten. Die UN warnen, das Fehlen von Dünger verursache Ernteauffälle, die zu Hungersnöten führen können. MdB Anton Hofreiter zieht die Drohung mit Hunger in Handelskonflikten mit China in Betracht, wenn er einem Staat, der Deutschland keine Seltenen Erden mehr liefert, fragen will: "Was wollt ihr eigentlich essen?" China muss Lebensmittel auch aus Deutschland importieren.

[GFP](#), [German-Foreign-Policy](#), eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Nikolai Asarow: Ohne Hilfe der USA hätte es keinen Staatsstreich gegeben**

Nikolai Asarow, Premierminister der Ukraine bis Januar 2014, widerspricht in einem Interview von 2016 der Darstellung, der damalige Präsident Janukowitsch habe sich unerwartet geweigert, das mit der EU ausgehandelte Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen. Das habe eine spontane

Protestbewegung ausgelöst. Als sich die Lage zuspitzte, hätte sich dann das westliche Ausland eingemischt, um die demokratischen Kräfte zu unterstützen. Vielmehr sei das Assoziierungsabkommen bereits 2012 paraphiert worden, aber die EU habe "die Unterzeichnung des Abkommens von der Freilassung Julia Timoschenkos abhängig gemacht". Als sich die unbefriedigenden Punkte im Freihandel zwischen der Ukraine, der EU und Russland weder in vertraulichen bilateralen noch in gemeinsamen Gesprächen nicht zur Zufriedenheit der Ukraine lösen ließen (Ausfuhrquoten der Ukraine zur Minderung des Handelsdefizits mit der EU. Finanzielle Hilfe der EU zur Modernisierung der ukrainischen Wirtschaft), "hat sich Ende 2013 die Meinung manifestiert, dass der ökonomische Teil des Assoziierungsabkommens in der derzeitigen Form für die Ukraine nicht vorteilhaft gewesen ist". In diesem Moment wurde die Barroso-Drohung wahrgemacht, dass es bei unterbleibender Unterschrift einen anderen Premierminister in Kiew geben würde.

Asarow betont auch, dass sich die EU auch nicht auf eine langfristige Beitrittsperspektive für die Ukraine einlassen wollte. Laut Asarow hat es in dem Abkommen keine militärisch-politischen Absichten gegeben. Asarow war ab 2016 "überzeugt, dass besonders die Außenpolitik der EU alles andere als unabhängig gewesen ist". Vielmehr sei mit dem Abkommen im Sinne der USA der Versuch unternommen worden, "dass die Ukraine geopolitisch nicht in die euro-asiatische Zollunion Russland-Kasachstan-Weißrussland eintritt. Und insbesondere die Verbindung zwischen der Ukraine und Russland zu schwächen. Und damit auch indirekt einen Konflikt zwischen der Ukraine und Russland zu begründen." Asarow war 2016 überzeugt, dass die jetzigen Machthaber in Kiew die Ukraine nicht nach Europa führen, sondern um viele Jahre zurückwerfen würden. Er legt dar, dass Russland nicht nur für die Ukraine der größte Wirtschafts- und Handelspartner war, sondern auf eine freundschaftlich gesinnte und stabile Ukraine für die Handelsbeziehungen mit Europa angewiesen ist.

Im weiteren Verlauf des Interviews [schildert Asarow detailliert, wie sich der "Staatsstreich" auf dem Maidan abgespielt hat](#), nachdem Präsident Janukowitsch am 28.11.2013 die Unterschrift unter das Assoziierungsabkommen verweigert hatte. Schon in der ersten Nacht seien "mehr als 10 Kamerateams nationaler und internationaler Medien" auf dem Maidan erschienen. Eine Stunde später seien ca. 100 "Vertreter des radikalen Rechten Sektors" auf dem Maidan erschienen, um die wenigen Polizisten mit brutaler Gewalt anzugreifen. Mit selektiven Bildern sei Stimmung erzeugt und aufgerufen worden, "zum Maidan zu kommen und die Gebäude des Präsidenten und weitere Regierungsgebäude zu besetzen. In diesem Moment hat der Prozess der bewaffneten Machtergreifung angefangen." Auf die in den Medien nicht gezeigten Bilder von den 100 Provokateuren hätten die Botschafter der EU-Länder und der USA nur mit Schweigen geantwortet. Die Antwort des deutschen Botschafters "Das ist in Deutschland unmöglich, weil Deutschland ein demokratisches Land ist" hat Asarow als verhöhrend und zynisch empfunden. Ihm wurde klar, dass von diesen Botschaftern sicher keine Hilfe zu erwarten war, zumal "die Führer des Maidan ständig zu Konsultationen in der amerikanischen Botschaft waren". Frau Nuland habe ihn überzeugen wollen, "dass die Ukraine eine Regierung der nationalen Einheit braucht", was Asarow die Gegenfrage stellen ließ, welche Veranlassung sie habe, "uns zu erklären, welche Regierung wir brauchen". Im Laufe des Dezembers haben, so Asarow, "verschiedenste Vertreter westlicher Länder [...] auf dem Maidan gesagt, dass sie die Demonstranten unterstützen".

Den Ausgaben der USA für den "Erfolg der Demokratie" stellt Asarow die Kosten der Ukraine entgegen: "Hunderte Milliarden, 50'000 Tote und viele bittere Schicksale". Asarow ist überzeugt, dass ein entschlossenes Handeln von Janukowitsch gegen die auf dem Maidan stattfindenden Verbrechen die bewaffnete Machtübernahme hätte verhindern können. Er fragt sich: "Warum hat der gesamte Sicherheitsapparat des Landes drei Monate lang nicht auf diese Verbrechen reagiert?" Stattdessen seien verhaftete Scharfschützen von Mitgliedern von Ministerien befreit und angeblich keine Zeugen oder Beweise gefunden worden. Aber Asarow gibt an, viele Beweise zu kennen, "dass insbesondere Jazenjuk, Poroschenko, Pashinsky und Turtschinow in die Organisation dieser bewaffneten Auseinandersetzungen involviert gewesen sind. Die Maidan-

Morde haben ihnen geholfen, die Bevölkerung aufzuwühlen und auf dieser Basis die Verfolgung von Janukowitsch anzugehen.“

“Ein Staatsstreich, eine Wirtschaftskrise und ein militärischer Konflikt im Osten des Landes – das sind Folgen des Konfrontationskurses zwischen den USA und Russland.“ Es gebe “nur einen Ausweg aus der Situation: Eine Vereinbarung zu finden zwischen den USA und Russland, in der ein Maßnahmenkatalog zur Stabilisierung des Landes verabschiedet wird.“ Asarow ist “bereit, meine Erfahrungen und Kenntnisse einzubringen, um einen friedlichen Weg zur Regulierung des Konfliktes in der Ukraine zu finden. Ich bin überzeugt, dass sich früher oder später die Ukraine mit der Wiederbelebung der Wirtschaft beschäftigen muss, sowie mit der Wiederherstellung normaler Beziehungen zu Russland und zu Europa.“ Zum Schluss geht Asarow auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe und verhängten Sanktionen der EU ein.

[Nicolai Asarow](#), Jg. 1947, galt als enger Vertrauter des ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch, der im Februar 2014 gestürzt wurde. Asarow, von 2010 bis 2014 Ministerpräsident, wurde aus dem Amt gedrängt, weil er sich einer Unterwerfung unter das Diktat von IWF und EU verweigerte. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Thomas Röper: **Versuchter Regimechange: USA unterstützen die Proteste im Iran**

Im Iran, mit seinem so freundlichen und hilfsbereiten Volk, gibt es massive soziale Probleme. Die Unzufriedenheit liegt nicht daran, dass der Iran ein Religionsstaat ist, sondern an den sozialen Problemen. Thomas Röper vermutet, dass die iranische Regierung die Probleme in den Griff bekommen könnte, wenn die Sanktionen endlich fallen würden. Zudem sieht er die Gefahr, dass der Iran im Falle eines gewaltsamen Staatsstreichs zerbrechen und ein weiterer ‘Failed State’ entstehen könnte, womit der Westen wohl kein Problem habe, solange regionale Warlords das Öl nur an den Westen verkaufen.

Geopolitisch wende sich die iranische Regierung aufgrund der Politik des Westens und der westlichen Sanktionen Russland und China zu, was den USA, die Russland isolieren wollen, gar nicht gefällt. Daher stehe ein Regimechange im Iran und die Einsetzung eines pro-westlichen Regimes auf der Wunschliste der USA derzeit ganz oben. Es ist nach Röper bekannt, dass die USA die Unruhen im Iran massiv befeuern und auch Waffen an die iranische Opposition liefern, was die extreme Gewalt begründet, die aus einigen Teilen des Iran bei den Protesten gemeldet wird.

Nun meldet die TASS, dass die [Führerin der von den USA unterstützten Mudschaheddin-Organisation der iranischen Volksopposition, Maryam Rajavi](#), in sozialen Netzwerken erklärt habe, dass sie “den Anspruch erhebt, in der Übergangszeit Präsidentin des Landes zu sein“. Sie sieht “den Nationalen Widerstandsrat des Iran, den wir gegründet haben, als eine Alternative zum derzeitigen Regime“. Laut der iranischen Nachrichtenagentur IRNA seien Maryam Rajavi und ihr Ehemann Masoud Rajavi für den Tod von 17‘000 unschuldigen Iranern verantwortlich. Die TASS: “Masoud Rajavi ist der Gründer der Organisation der Mudschaheddin des iranischen Volkes. In den 1980er Jahren führte diese Organisation einen bewaffneten Kampf gegen die Führung der Islamischen Republik Iran und verübte Terroranschläge im Land. Später hatte die Organisation ihren Sitz in Frankreich und den USA, operierte während der Amtszeit von Saddam Hussein vom Irak aus und wurde im Krieg gegen den Iran eingesetzt. Sie wurde nicht nur im Iran, sondern auch im Westen als terroristische Vereinigung eingestuft, aber die USA und Großbritannien haben sie später von ihren schwarzen Listen gestrichen. Die Gruppe verkündet offen das Ziel, die derzeitige iranische Regierung zu stürzen.“

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der

- **Thomas Röper: Ungarns Premierminister Orbán fordert Auflösung des EU-Parlaments**

Die EU hat Ungarn nun praktisch sämtliche EU-Fördermittel u.a. deshalb eingefroren, weil der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán sein Land angeblich zu einem Hort der Korruption gemacht habe. Orbán reagierte darauf, dass die Ungarn ihre Zukunft anders sähen als die Bewohner der meisten westeuropäischen Länder. Orbán: "Wir wollen kein Migrantenland sein, wir wollen keine Gender-Aktivistinnen in die Schulen lassen, wir wollen die normale familiäre Ordnung nicht demontieren, wir wollen keinen Krieg und keine Sanktionen und wir wollen unsere Beziehungen zur nicht-westlichen Hälfte der Welt bewahren."

Nach Thomas Röper ist [Orbán wie das ungarische Parlament der Meinung, dass das EU-Parlament aus Abgeordneten der nationalen Parlamente der EU gebildet werden sollte](#), anstatt direkt gewählt zu werden. Nach Orbán sollte das EU-Parlament wegen des Korruptionsskandals aufgelöst und unter den vorstehend genannten Bedingungen neu gebildet werden. Zu dem von Orbán angeführten Korruptionsskandal zählen nach Röper: Die Tatsache, dass von der Leyen ohne Ausschreibung 70 Mrd. Euro an Pfizer überwiesen hat und ihren diesbezüglichen Chat mit dem Pfizer-Chef gelöscht hat. Dann die Tatsache, dass von der Leyen ihrem Mann als auch BlackRock zu fragwürdigen Vorteilen verholfen hat. Und schließlich die Tatsache, dass von der Leyen vor ihrer Ernennung zur Kommissionspräsidentin rechtskräftig verurteilt wurde, weil sie einem französischen Konzern 0,5 Mrd. Euro Steuergelder überlassen hat.

Ein nicht von den Bürgern der EU gewähltes, sondern von den Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten beschicktes EU-Parlament wird der Korruption kaum entgegenwirken und schränkt die Mitbestimmungsrechte der EU-Bürger auf EU-Ebene weiter ein. Dennoch halten wir die Informationen dieses Beitrages für lesenswert. (Red.)

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

- **Michael Bröning: Betreutes Denken: Weshalb die Letzte Generation die offene Debatte verhindert**

Die radikale Klimabewegung, die mithilfe von gemeingefährlichen Klebeaktionen und apokalyptischer Hetze Schlagzeilen macht, geht nun zum offenen Angriff auf die Demokratie über – natürlich unter dem propagandistischen Deckmantel der Weltrettung. Sie fordern die Einrichtung eines Gesellschaftsrats zur Bewältigung der Klimakrise. Unsere bestehenden demokratischen Institutionen würden auf diesem Feld ja versagen. Der Gesellschaftsrat soll ähnlich wie die in letzter Zeit ins Leben gerufenen Bürgerräte aus zufällig ausgelosten Bürgern bestehen, repräsentativ nach Alter, Geschlecht, Bildungsabschluss und Migrationshintergrund. Anders als die Bürgerräte soll er aber keine Empfehlungen abgeben, sondern Entscheidungen treffen, die die Politik verbindlich umzusetzen habe. Der Gesellschaftsrat wird – ebenso wie die Bürgerräte – von Experten zu dem vorgegebenen Thema intensiv beraten, von Experten, die natürlich bereits vorher wissen, was klimapolitisch zwingend notwendig ist. Tatsächlich würde

damit nicht die Demokratie wiederbelebt, sondern [eine ökologische Transformation diktatorisch verordnet werden](#), da sie auf demokratischem Weg nicht erreichbar ist.

[Michael Bröning](#), Jg. 1976, ist Politikwissenschaftler und Publizist, Mitglied der Grundwertekommission der SPD, Herausgeber der 'Zeitschrift Internationale Politik und Gesellschaft'. 2021 erschien von ihm das Buch "[Vom Ende der Freiheit](#)". (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- **Caitlin Johnstone: Ich unterstütze westliche Werte mehr als der Westen selbst**

Caitlin Johnstone bekennt sich ausdrücklich zu den Werten des Westens und wehrt sich dagegen, "antiwestlich" kritisiert zu werden. Sie [wünscht sich, dass "unsere Werte wie Frieden, Freiheit, Demokratie, Wahrheit und Gerechtigkeit reale Dinge sind](#), die in der tatsächlichen westlichen Zivilisation existieren – und nicht nur als Fiktion, die westlichen Schulkindern erzählt wird". In ihrem langen Kommentar finden sich folgende Abschnitte: "Die USA sind nicht unabsichtlich in diesen glücklichen Umstand gestolpert, der zufällig alle ihre langjährigen geostrategischen Absichten gegen einen ewigen geopolitischen Gegner vorantreibt. Man hat diese Situation absichtlich herbeigerufen, und nur ein dummer Idiot würde etwas anderes glauben. [...]"

Und weiter: "Ich lehne Mainstream-Politiker und Mainstream-Medien nicht ab, weil es von Natur aus schlecht ist, Mainstream zu sein. Ich tue es, weil wir im Moment in einer stark kontrollierten Zivilisation leben, in der die einzigen Dinge, die Mainstream werden dürfen, jene sind, die unseren Herrschern dienlich sind – oder sie zumindest nicht behindern. Im Moment erhebt die herrschende Klasse – die alle Mittel zur Verfügung hat, um den Mainstream zu kontrollieren – nur Dinge in den Mittelpunkt, die entweder ihre Interessen aktiv fördern oder den Status quo zementieren, in dem wir leben. [...] Im Moment ist es weise, den Mainstream abzulehnen. Aber wir sollten das nicht mit der Vorstellung verwechseln, dass es immer schlecht ist, im Mainstream zu sein. Unser Ziel sollte es sein, dass unsere eigenen gesunden Werte von Frieden, Gleichheit und Gerechtigkeit eines Tages zum Mainstream werden. Es ist ein Zeichen von Toxizität, unter dem aktuellen Status quo zum Mainstream erhoben zu werden. Aber wir sollten bedenken, dass wenn es uns gelingt, den Status quo zu ändern, die Verschiebung zum Mainstream eines Tages ein Zeichen des Wohlergehens sein wird."

[Caitlin Johnstone](#) ist eine in Melbourne lebende Journalistin, die sich auf US-amerikanische Politik, Finanzen und Außenpolitik spezialisiert hat. (Red.)

[Inhalt ↑](#)